

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 71. Ratssitzung vom 11. November 2019

1843. 2019/379

**Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 11.09.2019:**

**Resolution für eine nukleare Abrüstung und für die Unterzeichnung des von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrags zum Verbot von Atomwaffen**

*Marco Geissbühler (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1652/2019): Eine Atombombe verursacht eine unvorstellbare Zerstörung. Wenn heute über unseren Köpfen eine Atombombe abgeworfen wird, würde nicht nur die gesamte Stadt zerstört, sondern auch Zollikon, Küsnacht, Adliswil, Dübendorf und Wallisellen wären dem Erdboden gleichgemacht. Bis nach Dietikon, Horgen und Kloten würden die Menschen flächendeckend Verbrennungen dritten Grades erleiden. Etwa 300 000 bis 400 000 Menschen wären sofort tot. Dazu kommen die Spätfolgen der Strahlung mit weiteren Todesopfern auch noch nach Jahren und Jahrzehnten. Das ist das Zerstörungspotenzial einer einzigen Atombombe. Heute existieren 15 000 Atomwaffen weltweit. Mit dem unvorstellbaren Zerstörungspotenzial spielen die Nuklearmächte ihre Machtspiele und nehmen dabei die gesamte Menschheit in ihre Geiselnhaft. Es sind Länder wie die Vereinigten Staaten, Russland, China, Iran, Nordkorea, Indien oder Pakistan: In praktisch allen Konflikten auf dieser Welt ist eine Nuklearmacht involviert. Die Gefahr ist real und die primären Ziele für Atomkriege sind die Städte. Auch wenn das die FDP und die SVP anders sehen mögen, wir sind der Ansicht, dass der Gemeinderat die Pflicht hat, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Menschen in dieser Stadt vor dieser Bedrohung zu schützen. Als Menschen mit einem humanitären Gewissen haben wir die Verpflichtung, gemeinsam mit anderen Menschen rund um den Globus die Welt vor dieser ungeheuren Gewalt zu schützen. Das UNO-Abkommen für ein Verbot von Atomwaffen ist eine historische Chance, die Welt vor dieser unvorstellbaren Bedrohung zu erlösen. Wir sehen es als historische Chance, weil wir die Geschichte des Völkerrechts kennen. Bei jeder Errungenschaft des Völkerrechts, wie dem Verbot von chemischen und biologischen Waffen oder dem Verbot von Landminen, stand anfangs ein Vertrag, der den Bau, Besitz und die Verwendung der Waffen ächtete. Mit einem Verbot entstand stets ein immenser Druck auf die Staaten, die noch über solche Waffen verfügten und bei solchen Abkommen abseits standen. Der Druck ging nicht nur von der Mehrheit der anderen Staaten aus, sondern auch von einer globalen Zivilgesellschaft. Er führte dazu, dass heute die Verwendung von chemischen und biologischen Waffen ebenso eingedämmt ist, wie die von Landminen. Für den globalen Druck auch von der Zivilgesellschaft ist es wichtig, dass wir die Diskussion breit führen und dass sie auch hier geführt wird. Heute besteht im Hinblick auf das UNO-Abkommen gegen Atomwaffen die umgekehrte Dynamik. Es sind Nuklearmächte, die stark gegen das Abkommen mobilisieren und dafür sorgten, dass bisher erst 33 Staaten den Vertrag ratifizierten. Es braucht 50 Ratifizierungen, damit das Verbot in Kraft tritt. Auch der Bundesrat kuschte bisher vor dem Druck der Atommächte und ratifizierte das Abkommen nicht. Wir können*

heute mit einer breiten Unterstützung im Gemeinderat für die vorliegende Resolution den Bundesrat hoffentlich motivieren, sich in dieser Frage endlich ans Herz zu fassen. Wäre es tatsächlich nur die Stadt Zürich alleine, die sich für ein Verbot für Atomwaffen einsetzte, wäre das vermutlich irrelevant. Heute aber schliessen sich Städte rund um den Globus zusammen und appellieren an ihre jeweilige Regierung, endlich das UNO-Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Über 100 Städte beteiligen sich weltweit bereits am Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Dabei sind unter anderem Los Angeles, Toronto, Sydney, Paris, Berlin, Genf und Bern. Mit einem Ja zur Resolution wird die Stadt Zürich Teil dieses globalen Appells. Es ist ein kleiner, aber wertvoller Beitrag, die atomare Bedrohung einzudämmen und das Zusammenleben auf unserem Planeten friedlicher und sicherer zu gestalten.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Bartholdi (SVP):** Es handelt sich um den zweiten Vorstoss innerhalb einer Woche, der nicht unserer Kompetenz entspricht – weder der des Parlaments noch der des Stadtrats. Es ist eine Aufforderung an den Bundesrat, vielleicht, weil dort oder im Nationalrat keine rot-grüne Mehrheit besteht. Nun solle eine Kommune mit rot-grüner Mehrheit ein Signal an den bürgerlichen Bundesrat aussenden, der deswegen seine Meinung ändern sollte. Der gleiche Fehler wie vor einer Woche wird begangen. Etwas aus dem entsetzlichen Haufen von schlechten Dingen, die auf dieser Welt geschehen, wird hinausgezogen. Letzte Woche war es Krieg. Dem Konfliktparameter entsprechend waren es im letzten Jahr 21 begrenzte Kriege, 16 Kriege und über 200 Konflikte. Es könnten also 250 Resolutionen verabschiedet werden. Denn jeder Krieg und jeder Konflikt wird von allen hier abgelehnt. Diese Woche ist es die Atombombe. Es gibt diverse Massenvernichtungswaffen. Die Atombombe ist nicht die schlimmste davon. Sie ist äusserst schlimm, das denke auch ich, aber es gibt noch schlimmere Waffen. Vor allem ist es der Bereich der biologischen und chemischen Waffen. Denkt man etwa an eine Kombination von Ebola und Milzbrand, haben diese ein viel grösseres Zerstörungspotenzial als Atombomben. Eine Verharmlosung der Atombomben sollte das nicht sein. Aber auch in diesem Bereich könnten unzählige Resolutionen verabschiedet werden. Natürlich kann hier jede Woche eine Resolution verabschiedet werden. Zukünftig wird es dann der Normalfall, dass wir Doppelsitzungen halten – der Ratsbetrieb wird lahmgelegt. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat ein weltweit wirkendes Signal aussenden kann. Die Wirkung ist lediglich, dass unsere Traktandenliste länger wird und wichtige Geschäfte, die die Stadt Zürich betreffen, auf der Strecke bleiben. Darum werden wir an dieser Abstimmung – selbstverständlich im Bewusstsein, dass wir nichts gegen das Anliegen haben – nicht teilnehmen. Im Gegensatz zum Nationalrat oder zum Ständerat ist hier nicht der richtige Ort dafür.

**Michael Schmid (FDP):** Sehr vieles, was der SP-Sprecher vortrug, ist schlichtweg falsch. Die Versuchung wäre gross, das im Einzelnen zu kontern. Es ist nicht so, dass wir diese Diskussion scheuen. Es bleibt jedoch dabei, dass der Gemeinderat nicht über die Kompetenz verfügt, mit einer Resolution die Stadt auf eine Aussenpolitik zu ver-

*pflichten. Wenn es eine Zuständigkeit gäbe, würde diese beim Stadtrat liegen. Der Beschlussantrag ist rechtlich nicht zulässig und nicht legitim, weshalb wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Auch die GLP-Fraktion ist über die Bedrohung der Atomwaffen besorgt, die sie zweifellos für die Menschheit darstellen. Allerdings verfügt die Gemeinde und damit der Stadtrat und insbesondere wir als Gemeinderat, in keiner Weise über die Kompetenz, sich dazu zu äussern. Darum werden wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen.*

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** *Wir Grünen sehen das anders. Ich bin immer wieder erstaunt über die Argumentation der bürgerlichen Seite, die zu gewissen Dingen nichts sagen wollen. Wer aber bestimmt, dass wir zu gewissen Dingen nichts sagen dürfen? Zudem geht es hier um eine Städteinitiative, die weltweit lanciert wurde und bereits von zwei anderen Schweizer Städten unterstützt wurde, die sich sehr wohl zuständig fühlen. Wir sind sehr froh um diesen Antrag. Leider ist es bereits schon viel zu lange ruhig um die Atombombe. Das letzte Mal wurde in den 1980er-Jahren in Europa und auch in der Schweiz für Frieden demonstriert. Mehrere hunderttausend Menschen gingen auf die Strasse. Viele wissen nicht mehr, dass gerade jenseits der Grenze Atombomben stationiert wurden. Es ist zynisch zu sagen, dass das nicht so schlimm sei und es schlimmeres gäbe. Darum gibt es den Kampf gegen die chemischen Waffen. Jenseits der Grenze wurden so viele Atombomben stationiert, dass ganz Europa 70 Mal zerstört werden konnte. Und das sei kein Problem, es gäbe Schlimmeres. Ich kann mir nicht vorstellen, was noch schlimmer wäre. Während dem Kalten Krieg glaubten wir, mit den Atombomben wären wir sicher vor Russland. Dann fiel die Mauer und es war eine gewisse Zeit lang ruhig. Die Atombomben sind aber immer noch jenseits der Grenze stationiert. Niemand spricht davon. Jetzt beginnt wieder ein Tanz mit dem Tod: Noch mehr Atombomben müssten aufgerüstet werden. Wir sind sehr froh um die Städteinitiative, die unterstützen soll, dass die Staaten das UNO-Abkommen für ein Verbot von Atomwaffen endlich unterzeichnen. Es ist nicht das erste Mal, dass die Städteinitiativen den notwendigen Druck ausüben. Ich erinnere an das GATS, das wegen der internationalen Städteinitiativen scheiterte. Die Städteinitiative gibt es, weil nicht zuerst das Hinterland, sondern potente Städte angegriffen werden. Hiroshima und Nagasaki zeigten das. Es wird argumentiert, dass es Schlimmeres gibt, während heute noch, einige Generationen später, nachdem Hunderttausende starben, immer noch Hunderttausende wegen den Folgen von einer Atombombe krank sind. Wir hoffen, dass wir zusammen mit dem Stadtrat Druck auf den Bundesrat ausüben können, der eine Motion, die vom Parlament überwiesen wurde, nicht umsetzen will.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Aus ethischer Sicht handelt es sich um einen Vorstoss, der zu respektieren ist. Er befindet sich hier jedoch am falschen Ort. Auch ist er völlig wirkungslos. Damit werden ausserdem offenen Türen ingerannt, da es bereits einen Vorstoss in Bern mit diesem Anliegen gibt. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass ein solcher Vertrag einiges auslösen könnte. Wenn er von 50 Staaten unterschrieben wird, tritt er in Kraft. Die UNO hat beinahe 200 Mitgliedsstaaten. Was sollte also erreicht werden, wenn ein solcher Vertrag von einem Viertel unterschrieben wird?*

4 / 4

*Das ist weder bindend noch beeindruckend. Wie könnten damit Nordkorea oder Ajatollahs beeindruckt werden? Es ist tragisch, aber ein solcher Vertrag ist wirkungslos. Das geschilderte Zerstörungspotenzial ist nicht zu unterschätzen. So wie es von der SP geschildert wurde, ist es noch beinahe klein, denn es ist stets die Frage des Kalibers von solchen Waffen. Interessant ist es, wenn die Atom- mit der Klimadebatte verglichen wird. Das Klima löste einen riesigen Hype aus, obwohl die Bedrohung des Klimas wesentlich kleiner ist als die durch die Atomwaffe. Warum macht also das eine so viel Aufruhr, während das andere nur kleine Wellen schlägt? Es macht keinen Sinn, zu einem solchen Vorstoss Stellung zu nehmen.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Es stimmt nicht, dass nicht über die Atomwaffen gesprochen wird und dass es bis in die 1980er-Jahre zurückgeht, als das letzte Mal darüber gesprochen wurde. Es sind die USA unter Donald Trump, die diese Diskussion auf das Parkett brachten. Es ist Donald Trump, der einen historischen Moment zustande brachte, als er als erster Präsident seit Jahrzehnten auf Nordkorea zuging und die Hand schüttelte. Nordkorea versprach die Abrüstung; Donald Trump sagte, der Colt sei «geladen und entsichert». Wenn jemand Druck aufbauen kann, sind es die USA und Donald Trump und sicher nicht das Parlament in Zürich. Was hier betrieben wird, ist eigentlich eine Parodie des Amtes. Wir sollten unserem Amt entsprechend Politik machen und die Weltpolitik den Weltmächten überlassen.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 71 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Dem Gemeinderat wird beantragt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden: «Die Stadt Zürich ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern den Bundesrat zum Beitritt auf.»

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat